

- Bitte nur die stark umrandeten Felder ausfüllen -

Z	Personalnummer beim LBV
1	

FREISTELLUNGSJAHR BEI VOLLZEITBESCHÄFTIGUNG (gem. § 153 g LBG)

ANTRAG

DATENFELD		
2	Familienname	
3	Vorname	
4	Geburtsdatum	
5	Amts- bzw. Dienstbezeichnung, Funktion	
6	Schule: Name, Schulart, PLZ, Schulort	
7	Staatliches Schulamt	
8	Bisherige Wochenstundenzahl	Regelstundenmaß
9	Zeitpunkt der Änderung	
10	Neue Wochenstundenzahl	Regelstundenmaß
11	Dauer und Umfang <input type="checkbox"/> 3 Jahre mit 2/3 der Dienstbezüge (davon 2 Jahre Teilzeitbeschäftigung; 1 Jahr Freistellung) <input type="checkbox"/> 4 Jahre mit 3/4 der Dienstbezüge (davon 3 Jahre Teilzeitbeschäftigung; 1 Jahr Freistellung) <input type="checkbox"/> 5 Jahre mit 4/5 der Dienstbezüge (davon 4 Jahre Teilzeitbeschäftigung; 1 Jahr Freistellung) <input type="checkbox"/> 6 Jahre mit 5/6 der Dienstbezüge (davon 5 Jahre Teilzeitbeschäftigung; 1 Jahr Freistellung) <input type="checkbox"/> 7 Jahre mit 6/7 der Dienstbezüge (davon 6 Jahre Teilzeitbeschäftigung; 1 Jahr Freistellung) <input type="checkbox"/> 8 Jahre mit 7/8 der Dienstbezüge (davon 7 Jahre Teilzeitbeschäftigung; anschließend 1 Jahr Freistellung) Hinweis: Der gesamte Bewilligungszeitraum muss mindestens drei Jahre und darf höchstens acht Jahre betragen. Das Freistellungsjahr ist grundsätzlich direkt im Anschluss an die Ansparphase zu gewähren. Es kann auf Antrag der Lehrkraft auch für einen späteren Zeitraum bewilligt werden. Der Bewilligungszeitraum (Ansparphase bis Abschluss der Rückgabephase) darf die Gesamtdauer von acht Jahren nicht überschreiten. Für Funktionsstelleninhaber gelten besondere Bestimmungen. <input type="checkbox"/> Ich möchte das Freistellungsjahr nicht direkt im Anschluss an die Ansparphase nehmen. Voraussichtlicher Beginn der Freistellung: <input type="checkbox"/> Ich möchte innerhalb von 8 Jahren eine weitere Teilzeit mit Freistellungsjahr beantragen und die Freistellungsjahre kumulieren.	

FELD 1	ANTRAG DER LEHRKRAFT
Auf dem Dienstweg An das Regierungspräsidium Freiburg	
Ich bitte um Teilzeitbeschäftigung mit Freistellungsjahr auf der Grundlage des § 153 g LBG i.V.m. § 153 f LBG. Dauer und Umfang: siehe Zeilen 9 - 11	
Ich erkläre, dass ich während der Dauer der Teilzeitbeschäftigung Nebentätigkeiten nur unter den Voraussetzungen und in dem Umfang ausübe, wie dies nach den nebensächlichkeitsrechtlichen Bestimmungen den vollzeitbeschäftigten Beamten gestattet ist, wobei § 83 Abs. 2 Satz 3 LBG mit der Maßgabe gilt, dass von der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit ohne Rücksicht auf die Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung auszugehen ist (§§ 83 und 84 LBG vgl. Rückseite).	
..... Datum Unterschrift

FELD 2	STELLUNGNAHME DER SCHULE
Auf dem Dienstweg	
Datum des Eingangs:	
Dem Regierungspräsidium Freiburg	
vorgelegt. Dienstliche Belange stehen der Bewilligung des Antrags <input type="checkbox"/> nicht entgegen. <input type="checkbox"/> entgegen. Begründung siehe besonderes Blatt.	
<small>(bei GHRS nur ausfüllen, sofern Antrag nach dem Stichtag dem RP zugeleitet wird)</small>	
Derzeitiger Lehrauftrag	
WStd	Fach
..... Datum Unterschrift

FELD 3	STELLUNGNAHME DES SSA
Das in Zeile 7 genannte Staatliche Schulamt	
Dem Regierungspräsidium Freiburg	
vorgelegt. Dienstliche Belange stehen der Bewilligung des Antrags <input type="checkbox"/> nicht entgegen. <input type="checkbox"/> entgegen. Begründung siehe besonderes Blatt, falls abweichend von Feld 2.	
..... Datum Unterschrift

§ 83

Genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten

(1) Der Beamte bedarf der vorherigen Genehmigung zur Übernahme jeder Nebentätigkeit mit Ausnahme der in § 84 genannten, soweit er nicht nach § 82 zur Übernahme verpflichtet ist. Als Nebentätigkeit gilt nicht die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter sowie einer unentgeltlichen Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft eines Angehörigen; ihre Übernahme ist vor Aufnahme dem Dienstvorgesetzten schriftlich anzuzeigen.

(2) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn zu besorgen ist, dass durch die Nebentätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigt werden. Ein solcher Versagungsgrund liegt insbesondere vor, wenn die Nebentätigkeit

1. nach Art und Umfang die Arbeitskraft des Beamten so stark in Anspruch nimmt, dass die ordnungsgemäße Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten behindert werden kann,
2. den Beamten in einen Widerstreit mit seinen dienstlichen Pflichten bringen kann,
3. in einer Angelegenheit ausgeübt wird, in der die Behörde, der der Beamte angehört, tätig wird oder tätig werden kann,
4. die Unparteilichkeit oder Unbefangenheit des Beamten beeinflussen kann,
5. zu einer wesentlichen Einschränkung der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit des Beamten führen kann,
6. dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung abträglich sein kann.

Die Voraussetzung des Satzes 2 Nr. 1 gilt in der Regel als erfüllt, wenn die zeitliche Beanspruchung durch eine oder mehrere Nebentätigkeiten in der Woche ein Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit überschreitet. Die Genehmigung ist auf längstens fünf Jahre zu befristen; sie kann mit Auflagen oder Bedingungen versehen werden. Ergibt sich bei der Ausübung der Nebentätigkeit eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen nach Erteilung der Genehmigung, so ist die Genehmigung zu widerrufen.

(3) Nebentätigkeiten, die der Beamte nicht auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung seines Dienstvorgesetzten übernommen hat, oder bei denen der Dienstvorgesetzte ein dienstliches Interesse an der Übernahme der Nebentätigkeit durch den Beamten nicht anerkannt hat, darf er nur außerhalb der Arbeitszeit ausüben. Ausnahmen dürfen nur in besonders begründeten Fällen, insbesondere im öffentlichen Interesse, zugelassen werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die versäumte Arbeitszeit nachgeleistet wird.

§ 84

Nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten

(1) Nicht genehmigungspflichtig ist

1. eine unentgeltliche Nebentätigkeit mit Ausnahme
 - a) der Übernahme eines Nebenamtes, einer in § 83 Abs. 1 Satz 2 nicht genannten Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft sowie einer Testamentsvollstreckung,
 - b) der Übernahme einer gewerblichen Tätigkeit, der Ausübung eines freien Berufes oder der Mitarbeit bei einer dieser Tätigkeiten,
 - c) des Eintritts in ein Organ eines Unternehmens mit Ausnahme einer Genossenschaft sowie der Übernahme einer Treuhänderschaft,
2. die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens,
3. eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten,
4. die mit Lehr- oder Forschungsaufgaben zusammenhängende selbständige Gutachtertätigkeit von Lehrern an öffentlichen Hochschulen und Beamten an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten,
5. die Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften, Berufsverbänden oder Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten.

(2) Eine Tätigkeit nach Absatz 1 Nr. 3 und 4 sowie eine Tätigkeit in Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten nach Absatz 1 Nr. 5 hat der Beamte, wenn hierfür eine Vergütung geleistet wird, in jedem Einzelfall vor ihrer Aufnahme seinem Dienstvorgesetzten unter Angabe von Art und Umfang der Nebentätigkeit, der Person des Auftrag- oder Arbeitgebers sowie der voraussichtlichen Höhe der Vergütung schriftlich anzuzeigen. Bei regelmäßig wiederkehrenden gleichartigen Nebentätigkeiten im Sinne des Satzes 1 genügt eine mindestens einmal jährlich zu erstattende Anzeige zur Erfüllung der Anzeigepflicht für die in diesem Zeitraum zu erwartenden Nebentätigkeiten. Eine Anzeigepflicht nach Satz 1 besteht nicht, wenn die dort genannten Nebentätigkeiten insgesamt geringen Umfang haben. Im übrigen kann der Dienstvorgesetzte aus begründetem Anlass verlangen, dass der Beamte über eine von ihm ausgeübte nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeit, insbesondere über deren Art und Umfang, die Person des Auftrag- oder Arbeitgebers und bei entgeltlichen Nebentätigkeiten auch über die Vergütung, schriftlich Auskunft erteilt und die erforderlichen Nachweise führt. Eine nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeit ist ganz oder teilweise zu untersagen, wenn der Beamte bei ihrer Ausübung dienstliche Pflichten verletzt.